

Sozialversicherung

Faktencheck

30 05 2018



Sozialversicherung

- **Ohne Sozialversicherung kein Sozialstaat**
- Die **Krankenversicherung** gibt **8,8 Mio.** Personen Zugang zum Gesundheitswesen.
- Die **Unfallversicherung** schützt über **6 Mio.** Menschen vor Arbeits- und Wegunfällen und Berufskrankheiten.
- Die Pensionsversicherung zahlt über **2 Mio.** Menschen **Pensionen** aus.
- Fast **4 Mio.** Menschen sind **pensionsversichert**.

SV-Reform für die Großindustrie

- **Ziel der Reform sind nicht bessere Leistungen, sondern niedrigere Beiträge von den Unternehmen.**
- **Alleine in der Unfallversicherung sollen 500 Mio. eingespart werden, das sind fast 40% des Budgets.**
 - => **Davon profitieren nur die Unternehmen**
- **Die Sozialversicherung soll nicht mehr von VertreterInnen der Versicherten geführt werden, sondern von den ArbeitgebervertreterInnen.**

SV-Reform für die Großindustrie

- Die Regierung baut die Sozialversicherung über die Köpfe der Betroffenen hinweg um.
- **Die Reform entspricht den Forderungen von Industriellenvereinigung und Wirtschaftslobbyisten.**
- **Mit ArbeitnehmervertreterInnen wurde nicht geredet.**
- **Fix ist nur die Umfärbung, es gibt keine Leistungsvereinheitlichung und keine Finanzierung für mehr Ärzte und längere Öffnungszeiten.**

Kürzen bei den Menschen

Kurz behautet:

Es wird im System gespart.

In 5 Jahren soll eine Milliarde eingespart werden.

Fakt ist:

- **Die Selbstverwaltung durch Vertreter der Versicherten erfolgt zu über 80% ehrenamtlich.** Die Kosten betragen jährlich nur 40 Cent pro Versicherten. **Hier kann daher nichts gespart werden.**
- Die ganze Verwaltung der Krankenversicherung kostet ca. 480 Mio. pro Jahr.
- In der Verwaltung kann nicht 1 Mrd. in 5 Jahren gespart werden.
- **Folgen von Personalabbau sind längere Bearbeitungszeiten, weniger Service vor Ort und weniger Gesundheitszentren.**

Leere Versprechen

Die Regierung behauptet Leistungen werden vereinheitlicht und ausgebaut.

Fakt ist:

- **Es gibt nur eine Angleichung** zwischen Gebietskrankenkassen. Hier wurden die meisten Leistungsunterscheide schon letztes Jahr beseitigt.
- Aber es gibt **keinerlei Zusage zu gleichen Leistungen** zwischen Versicherten in der Privatwirtschaft und dem öffentlichem Bereich sowie den Selbständigen.
- **Die wesentlichen Unterschiede bleiben also bestehen.**
- Das betrifft etwa Zahnersatz, Kuren und Psychotherapie.

Angedrohte Zerstörung der Unfallversicherung

Die Regierung droht die Unfallversicherung aufzulösen!

Fakt ist:

- Die Regierung will der Unfallversicherung **500 Mio. EUR kürzen**. Das sind fast **40 %** des Budgets.
- **Das geht 1:1 in eine Entlastung der Großunternehmen durch eine Beitragssenkung.**
- 500 Mio. sind mehr als der 5 fache Verwaltungsaufwand!
- **Damit wird der Schutz für Millionen Menschen** und die Unfallversorgung, Rehabilitation und Prävention **gefährdet**.
- **Wer versorgt künftig Kinder und freiwillige Helfer wie die freiwilligen Feuerwehren, die Bergrettung, die Wasserrettung und das Rote Kreuz?**

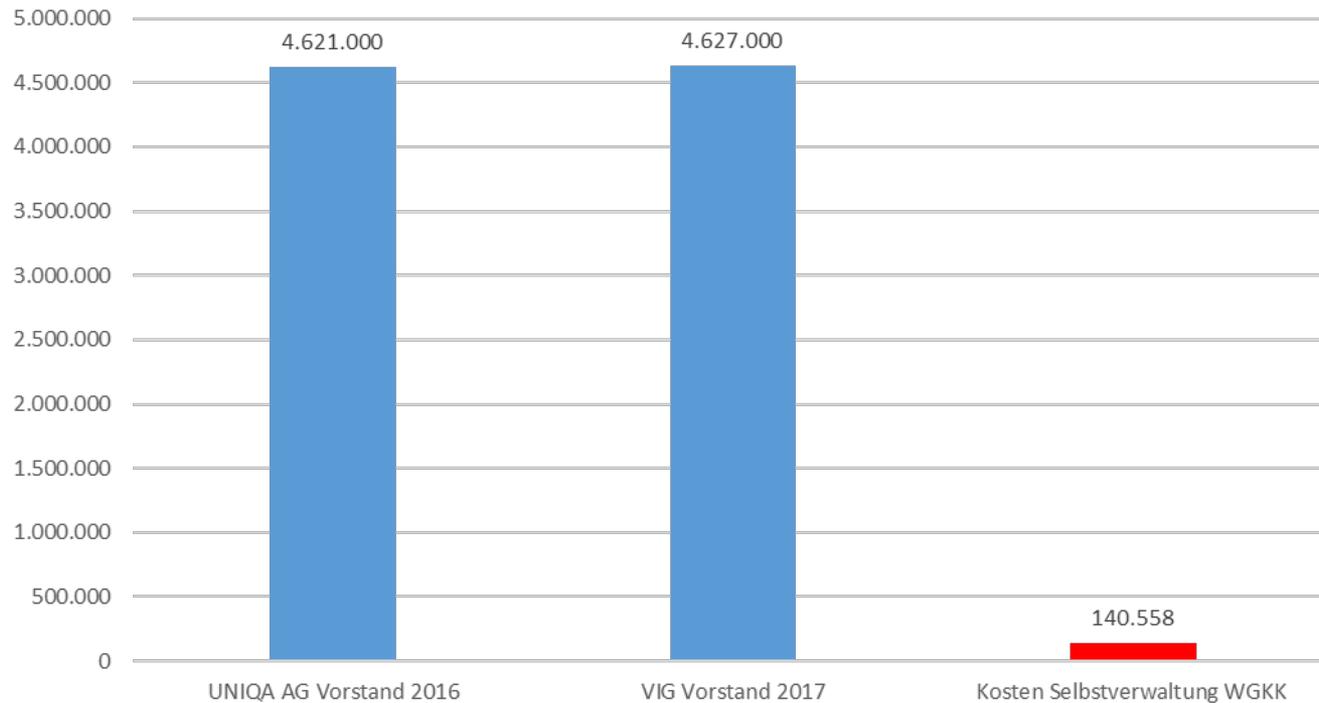
Sparen im System?

Die Regierung behauptet im System zu sparen

Fakt ist:

- **Der Verwaltungsaufwand in der gesamten Sozialversicherung (Pension, Gesundheit und Unfall) beträgt nur 2% der Einnahmen.**
- **98% der Einnahmen gehen in Leistungen für die Versicherten.**
- **Wer hier spart, spart bei Leistungen und bei den Menschen!**
- **In privaten Krankenversicherungen beträgt der Verwaltungsaufwand ca. 30% (Quelle: OECD)**

Teure Manager statt Versichertenvertreter – Selbstverwaltung viel günstiger als Vorstände



Sozialversicherung - umfärben und privatisieren

Fakt ist:

Wenn künftig WirtschaftsvertreterInnen die Sozialversicherung dominieren:

- kann eine **Privatisierung von Rehabilitationszentren, Ambulatorien und Gesundheitszentren beschlossen werden.**
- Das wäre **eine Enteignung der Versicherten!**
- **Private Betreiber wittern schon neue Geschäftsfelder.**

Keine Kontrolle von Unterentlohnung

Die Regierung sagt Entbürokratisierung und meint Ende der Kontrolle von Unterentlohnung.

Fakt ist:

- Die Krankenkassen sollen nicht mehr die korrekte Abfuhr der Beiträge prüfen dürfen! Das soll zu den Finanzämtern verlegt werden.
- Das bedeutet das Ende der Prüfung von Unterentlohnung und Scheinselbständigkeit.
- **Folge: die Betroffenen haben geringere Pensionen, geringeres Arbeitslosengeld und Krankengeld.**

Für alle,
die **mehr wollen!**

